

In diesem Zusammenhang halten wir die Einrichtung und die Entwicklung von „**Kompetenzzentren**“ als Ergänzung der Förderschulen für einen Schritt in die richtige Richtung.

In den Kompetenzzentren arbeiten Fachleute unterschiedlicher Behinderteneinrichtungen und Behindertenarten im Sinne eines **Diagnose- und Beratungszentrums** zusammen und beraten Regelschulen, Förderschulen, Eltern und Mediziner, **um richtige Entscheidungen auch hinsichtlich der Beschulung behinderter Kinder herbeizuführen.**

In Zukunft wird **die Beratung Behinderter in Bezug auf die berufliche Eingliederung** größere Bedeutung bekommen. Dazu gehört die Beratung von Arbeitgebern über Einsatzmöglichkeiten von Behinderten am Arbeitsplatz wie auch der Umgang von Mitarbeitern mit Behinderten. Gerade dabei wird die Art der Behinderung eine wesentliche Bedeutung haben.

Den Kompetenzzentren kommt langfristig auch die wichtige Aufgabe zu, die **Gesellschaft über Behinderungen und ihre Auswirkungen aufzuklären und das Verständnis für Behinderte sowie für den Umgang mit ihnen zu wecken.**

Kompetenzzentren können und sollen Förderschulen nicht ersetzen. Sie sollen vielmehr dazu beitragen, die Rehabilitationsmaßnahmen der Fördereinrichtungen für Behinderte zu verbessern.

Deshalb brauchen wir in Zukunft sowohl optimal arbeitende Fördereinrichtungen als auch Kompetenzzentren, um behinderten Menschen zu einem sinnvollen und erfüllten Leben zu verhelfen.



Verein katholischer deutscher Lehrerinnen e.V.

Hedwig-Dransfeld-Platz 4, 45143 Essen
Telefon: 02 01/ 62 30 29, Fax: 02 01/ 62 15 87
E-Mail: VkdL-Essen@t-online.de
Internet: www.vkdL.de
© VkdL 2010 — BHV

Die Entschließung kann bei
der Bundesgeschäftsstelle angefordert werden!

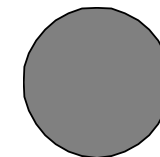


Inklusion 1

**Förderschulen
auch in Zukunft notwendig -**

***Kompetenzzentren
zur Weiterentwicklung
integrativer Maßnahmen
ausbauen!***

**Auf den
Punkt**



gebracht !

Verein katholischer deutscher Lehrerinnen



Im Zuge des Slogans „**eine Schule für alle**“ wird die **grundsätzliche Integration aller Behinderten in Regelschulen** gefordert, spezielle Einrichtungen, die Behinderte fördern und bilden, werden abgelehnt in der Annahme, alle Aufgaben, die bisher die Förderschulen erfüllten, könnten in gleicher Weise oder sogar besser von den Regelschulen übernommen werden.

Außer Acht gelassen wird dabei die **Vielfalt der Behinderungsarten** und deren Auswirkungen auf die Behinderten selbst. Die Rede ist immer nur generell von „Behinderten“. Hier muss in der öffentlichen Diskussion **eine Differenzierung und Klärung erfolgen, um sachgerecht entscheiden zu können, wo Behinderte am besten gefördert werden können**, um später als Erwachsene am Leben der Gesellschaft teilzunehmen.

Diese Überlegungen führten zum Ausbau eines differenzier-ten, an Behinderungsarten orientierten Förderschulwesens, parallel zum Regelschulwesen.

Durch technische und pädagogische, vor allem aber durch medizinische Hilfe kann heute manche Behinderung so therapiert werden, dass der dauernde Besuch einer Förderschule nicht mehr erforderlich ist und eine Eingliederung in eine Regelschule möglich ist.

Ist aber bei einem Kind eine Behinderung diagnostiziert, sind gezielte Maßnahmen gegebenenfalls in einer fachlichen pädagogischen Einrichtung erforderlich, die die Entwicklung des Kindes fördern und ihm für die Zukunft ein Leben in und mit der Gesellschaft erlauben.

Wichtig ist ein frühzeitiges Erkennen der Behinderung und deren Folgen sowie eine frühzeitig einsetzende Therapie in enger Verbindung mit pädagogischen Maßnahmen.

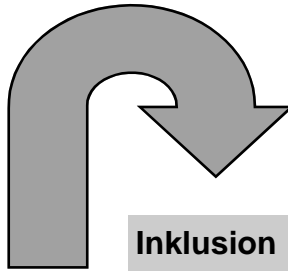
Förderschulen und deren Vorschuleinrichtungen sind deshalb heute und in Zukunft unverzichtbar. Es wäre kurz-sichtig, die Leistungen und Erfolge der Bildungseinrichtungen für Behinderte aufgrund ideolo-gischer Vorurteile nicht in An-spruch zu nehmen und behin-derte Kinder um des „besseren Ansehens“ willen Regelschulen und -einrichtungen zuzuweisen, die nicht über das entsprechen-de Fachwissen und die notwen-digen technischen Hilfen verfü-gen, um sachgerecht zu helfen.

Kurzfristige, oft emotional be-gründete Maßnahmen und Ar-gumente, behinderte Kinder in Regelschulen zu versetzen, können langfristig die Entwick-lung in falsche Bahnen lenken und führen zu Fehlentwicklun-gen und irreparablen Störun-gen. Bildung und Erziehung Be-hinderter bedürfen **differenzier-ter Maßstäbe und Kriterien, spezieller Kompetenzen in Di-agnose und Therapie, über die das Personal in För-dereinrichtungen durch be-sondere Ausbildung verfügt.**

Aber nicht nur Körperbehinderung kann ein Hindernis zur Teilnahme am gesellschaftlichen Alltag sein: Sehbehinderte können Anschläge nicht lesen, weil die Schrift zu klein oder zu hell ist, Hörbehinderte können Lautsprecherdurchsagen nicht verstehen, weil sie zu undeutlich oder zu leise sind, Analphabeten finden keine Ansprechpartner, die Ihnen Hinweise vorlesen usw. usw.

Wenn **öffentliche Bauten** geplant werden, sollten die Pläne von Fachleuten begutachtet werden, ob alle Möglichkeiten der Erleichterung für Behinderte berücksichtigt wurden.

Dies trifft auch für die **öffentlichen Verkehrsmittel**, nicht zuletzt für die Bahn zu, die auch von Behinderten aller Sparten und Schweregrade benützt werden muss. Freifahrtscheine für Menschen mit Behinderung schaffen noch keinen Zugang in die Bahn.



Inklusion endet nicht mit der Schulzeit, sie muss ein Leben lang fortgesetzt werden, um Behinderte in Leben und Gesellschaft zu integrieren. Da bedarf es der klaren und sachlichen Kenntnis über Behinderungen und ihrer Auswirkungen. Mit Emotionen allein wird keine Verbesserung erreicht!



Verein katholischer deutscher Lehrerinnen e.V.

Hedwig-Dransfeld-Platz 4, 45143 Essen
Telefon: 02 01/ 62 30 29, Fax: 02 01/ 62 15 87
E-Mail: VkdL-Essen@t-online.de
Internet: www.vkdL.de
© **VkdL 2011 — BHV**

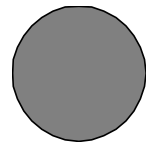
Die Entschließung kann bei der Bundesgeschäftsstelle angefordert werden!



Inklusion 2

**Inklusion
weiterdenken!**

**Auf den
Punkt**



gebracht !

Verein katholischer deutscher Lehrerinnen
Berufsverband lehrender Frauen aller Bildungsbereiche




Inklusion im schulischen Bereich bedarf der Fortsetzung in der Gesamtgesellschaft, wenn sie wirksam sein soll. Integration von Menschen mit Behinderung kann nur sinnvoll werden, wenn sich die Haltung der Gesellschaft gegenüber diesem Personenkreis ändert. Deshalb kann sich Inklusion nicht allein auf Schule und schulische Einrichtungen beschränken.


Siehe auch Erklärung: „Förderschulen auch in Zukunft notwendig – Kompetenzzentren ausbauen!“

Wissen schafft Verstehen: Eine grundsätzliche Aufklärungskampagne über Behinderungen und ihre Auswirkungen im Alltags-, Berufs- und Familienleben ist unverzichtbar. Behinderung ist nicht gleich Behinderung, und jede Behinderung wirkt sich anders aus.

Deshalb ist es auch in der Diskussion um Inklusion notwendig, die **Art der Behinderung** anzusprechen und bei der Überlegung der zu treffenden Maßnahmen zu berücksichtigen.

Aus diesem Grund ist es auch fragwürdig, eine generelle Beschulung von Kindern mit Behinderungen in der Regelschule zu fordern. Die Regelschule kann nicht immer die besten Voraussetzungen für eine Inklusion schaffen. **Das Wissen um die Behinderung und ihre Auswirkungen kann zu richtigen Entscheidungen verhelfen.**

 **Inklusion endet nicht mit der Schulzeit:** Der Übergang in eine berufliche Tätigkeit oder die Eingliederung in den Arbeitsprozess ist für Menschen mit Behinderung nicht weniger wichtig als für alle anderen Menschen. Die Selbstständigkeit der Lebensführung ist auch gebunden an die finanzielle und wirtschaftliche Unabhängigkeit und deshalb ist sie auch für Menschen mit Behinderung besonders wichtig.

 **Berufsberatung, Berufsfindung und berufliche Eingliederung sind zügig auszubauen.** Wirtschaft, Verwaltung und Industrie sind verstärkt auf die Notwendigkeit der Beschäftigung von Menschen mit Behinderung hinzuweisen und sollten vermehrt behindertengerechte Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Das Potential geeigneter Arbeitsplätze ist noch längst nicht ausgereizt. Menschen mit Behinderung können vollwertige und voll leistungsfähige Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sein mit positiven Arbeitshaltungen. **Inklusion im Arbeitsleben ist unter Umständen wichtiger als in der Schule.**



Mobilität Behinderter muss dringend verbessert werden!

Bei der Verbesserung der Mobilität Behinderter ist noch großer Handlungsbedarf, der in der Regel durch die Unwissenheit in der Auswirkung von Behinderungen verursacht wird.

Im Alltag am auffälligsten sind körperliche Behinderungen, weil sie meist sichtbar sind und die Notwendigkeit von Hilfe deutlich machen.

Aber im Alltag gibt es auch für Körperbehinderte noch viele Hindernisse, die beseitigt werden müssten: Bei kompetenten Vorüberlegungen im Rahmen baulicher Planungen: z.B. in Kirchen Treppen vermeiden, Straßenbahnen und Züge so bauen, dass sie ebenerdig zugänglich sind, Aufzüge in Bahnhöfen und an Verkehrsknotenpunkten usw.; stufenlose Zugänge zu Geschäften und sonstigen Veranstaltungsorten könnten wirkliche Hilfen zur Inklusion sein.



Die meisten Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen benötigen spezielle Unterrichtsverfahren, Methoden und technische Hilfsmittel, über die Regelschulen nicht verfügen, weil sie sie für ihre nicht behinderten Schüler nicht brauchen.

Kinder mit Behinderungen haben — unterschiedlich nach Behinderungen — einen anderen Lern- und Lebensrhythmus, der ihnen in der Regelschule nicht gewährt werden kann, ohne den Regelablauf zu stören.

Inklusiver Unterricht hat aber auch soziale und Beziehungsspannungen, die berücksichtigt werden müssen, wie z.B. Zuwendung des Lehrers, Erfolgserlebnisse nicht behinderter Schüler, Ausbleiben eigener Erfolge trotz Anstrengung und Einsatz usw. Solche Erfahrungen wirken langfristig, nicht nur auf Kinder mit Behinderungen, sondern auch auf die „Regelschüler“. Welche Folgen daraus erwachsen, ist noch nicht abzusehen, dafür ist das Experiment „Inklusion“ noch zu kurz.

Der VkdL wehrt sich nicht gegen Inklusion grundsätzlich, aber sie muss sachgerecht geplant und umgesetzt werden. Was jetzt kurzfristig und überstürzt, weil modern, in Gang gesetzt wurde, hilft weder Kindern noch Eltern, weder Schule noch Lehrern und widerspricht dem Grundgedanken der Inklusion und einer menschengerechten Integration und Inklusion.

Der VkdL fordert deshalb:

- (1) Aufklärung von Eltern und Öffentlichkeit über Behinderungen und deren Auswirkungen und die pädagogischen Hilfen, die möglich sind und wo diese in Anspruch genommen werden können.
- (2) Beratungszentren für Eltern mit Kindern, die eine Behinderung haben. In diesem Sinne Ausbau der Kompetenzzentren.
- (3) Förderschulen dürfen nicht abgeschafft werden.
- (4) Keine weiteren Inklusionsexperimente in Vorschuleinrichtungen und Schulen mit provisorischen Maßnahmen, die Schulen und Lehrer belasten, ohne den Kindern mit Behinderungen langfristig zu helfen.

Inklusion erfordert ehrliche und realistische Auseinandersetzung mit Behinderungen, wenn sie gelingen soll.



Verein katholischer deutscher Lehrerinnen e.V.

Hedwig-Dransfeld-Platz 4, 45143 Essen
Telefon: 02 01/ 62 30 29, Fax: 02 01/ 62 15 87
E-Mail: VkdL-Essen@t-online.de
Internet: www.vkdL.de

© VkdL 2012 — BHV

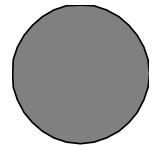
Die Entschließung kann bei der Bundesgeschäftsstelle angefordert werden!



Inklusion 3

Inklusion setzt Wissen über Behinderungen voraus

Auf den Punkt gebracht!



Inklusion setzt Wissen über Behinderungen voraus.

Der Begriff „Inklusion“ ist in aller Munde, und wird als Teilhabe von Menschen mit Behinderung am allgemeinen Leben der Gesellschaft verstanden. Vorrangig im Blick ist der Zugang zu den allgemeinen Bildungseinrichtungen, die jedem Staatsbürger offen stehen, sofern er über die für den Besuch erforderlichen Voraussetzungen verfügt.

Gegen diesen allgemeinen Grundsatz bestehen mit Sicherheit keine Einwände, vor allem nicht in einer demokratischen, christlich eingestellten Bevölkerung. Fragen stellen sich jedoch, wenn es um die konkrete Umsetzung geht.

In der ganzen Diskussion um Inklusion wird nicht offengelegt, welche Behinderungen wo und wie integriert werden sollen und können.

Im Bereich von Bildung und Schule wirkt sich diese Abstinenz besonders verwirrend aus. In unserer Zeit, in der die Politik zu einer allgemeinen Vereinheitlichung und Gleichmacherei strebt, hat dies auch auf die Schulen und vorschulischen Bildungseinrichtungen übergreifen. Differenzierte Bildungseinrichtungen, wie z. B. Förderschulen, werden als Selektionseinrichtungen diffamiert und ins Abseits gestellt, obschon gerade sie sich um spezielle Behinderungen und deren Therapie bemühen. **Die Lehrkräfte der Förderschulen verfügen auch über das nötige Fachwissen.**

Eltern werden verunsichert und fordern unter Berufung auf den Anspruch auf Inklusion die Betreuung ihres Kindes mit einer Behinderung in einer Regel-Einrichtung (Schule oder Kita), obwohl diese nicht über die entsprechenden Fachkräfte verfügt.

Die sogenannte „Gemeinschaftsschule“ lockt — wie andere Schulformen auch — mit Integrationsangeboten für Kinder mit und ohne Behinderung.

Gemeinsames Lernen ist der Lockruf einer falsch angelegten Inklusionspädagogik, die vorrangig deswegen Erfolg hat, weil alle Beteiligten vermeiden, über Behinderungen und deren Auswirkungen auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen offen zu reden.

Wer ehrlich Inklusion will, muss sachkompetent über Behinderungen und deren Auswirkungen sprechen!

Die Vielfalt von Behinderungen nach Schwere und Grad der Beeinträchtigung ist enorm groß und erfordert differenzierte und individuell abgestimmte Förderung, die eine Regelschule — wie die bisherigen Erfahrungen zeigen — nicht leisten kann, selbst wenn einzelne Sonderpädagogen eine stundenweise Betreuung der Schüler mit Behinderungen übernehmen.



Kinder mit Handicaps brauchen planmäßige kontinuierliche Förderung zur Therapie ihrer Behinderung.